M4.1 DIE FORMIERUNG DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN

*Die Industrialisierung veränderte das Leben der Menschen. Städtischer Wohnraum war knapp, die Löhne niedrig, Arbeitsschutz und politische Mitbestimmung waren kaum vorhanden. Die Arbeiter*innen erkannten, dass sie sich organisieren mussten, um etwas zu verändern. So entstand die Arbeiter*innenbewegung. Sie machte den Ersten Mai zum „Feiertag der Arbeiter", an dem sie ihre Art zu leben und ihre Organisationen feierte und für bessere Lebensbedingungen und politische Mitbestimmung kämpfte. Er ist bis heute ein Feiertag. Doch: „Ist der Erste Mai mehr* als nur ein arbeitsfreier Tag?"

Die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland begann bereits in den 1840er-Jahren mit dem Verband der Zigarrenarbeiter und dem der Buchdrucker. Ob Gewerkschaften gebildet werden konnten, hing von vielen Faktoren ab. So war es entscheidend, wie das Staatsoberhaupt, zu dieser Zeit ein Adeliger, zu Gewerkschaften stand. In den meisten deutschen Einzelstaaten war es Arbeiter*innen nicht gestattet, sich zusammenzuschließen. Auch war wichtig, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme herrschten. An einem Ort, wo es den Arbeitnehmer*innen besonders schlecht ging, war es auch wahrscheinlicher, dass sich Widerstand gegen die Unternehmer regte. Ein besonders häufiger Grund für die Gründung von Gewerkschaften war, dass durch die technische Entwicklung während der Industrialisierung manche Berufe auszusterben drohten. Die betroffenen Handwerker wollten sich nicht damit abfinden.

Einige Gewerkschaften gingen aus bereits bestehenden Organisationen wie zum Beispiel betrieblichen Kranken- oder Unfallkassen sowie Arbeiter*innenvereinen hervor. Oft kam es vor, dass bereits vor der Gewerkschaftsgründung Streiks durchgeführt wurden und diese Arbeitskämpfe zum Anlass genommen wurden, eine Gewerkschaft zu gründen. Die beliebteste Form der Gewerkschaft war der Berufsverband, in denen sich meist Berufsgenossen aus einem bestimmten Handwerk zusammenfanden. Mit der Zeit wurden die Aufnahmekriterien aufgeweicht, sodass auch Ungelernte und Hilfsarbeiter beitreten konnten.

Nach der Revolution von 1848/49 herrschten strikte Gesetze, die die Entstehung von Arbeiter*innenorganisationen verhindern sollten. Während einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs Ende der 1860er-Jahre wurden diese Gesetze gelockert. So war es ab 1869 erlaubt, Gewerkschaften zu gründen. Bis 1878 das Sozialistengesetz die Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Organisation wieder stark einschränkte, waren deutschlandweit ungefähr 70.000 Arbeiter*innen in Gewerkschaften organisiert. Allerdings ließen sich viele Organisationen nicht von gesetzlichen Verboten abschrecken. Oft wurden Gesetzeslücken ausgenutzt, um gewerkschaftsähnliche Organisationen wie Berufsfachvereine oder Hilfskassen zu gründen. Bereits Mitte der 1880er-Jahre bildeten sich trotz des Sozialistengesetzes dachverbandsartige Organisationen, die es ermöglichten, die Arbeiter*innenbewegung reichsweit zu vernetzen. Dass im Jahr 1890, als das Sozialistengesetz auslief, ungefähr die sechsfache Menge an Arbeiter*innen in gewerkschaftsähnlichen Verbänden organisiert war als noch 1878, zeigt, wie unwirksam das Gesetz eigentlich war. Nachdem die Gewerkschaftsbewegung Anfang der 1890er-Jahre einige Rückschläge hinnehmen musste, setzte sich der positi-

ve Trend fort: Im Jahre 1914 verzeichneten die sozialdemokratischen Gewerkschaften um die 2,5 Millionen, die christlichen Gewerkschaften etwa 350.000 und die liberalen Gewerkvereine knapp über 100.000 Mitglieder. Die Gewerkschaften erreichten aber nicht alle Arbeitnehmer*innen. Die Heimarbeit in Ostwestfalen-Lippe war ein Beispiel dafür, aber auch Frauen waren selten gewerkschaftlich organisiert. 1913 war nicht einmal jede zehnte arbeitende Frau Gewerkschaftsmitglied. Ebenfalls schwer zu mobilisieren waren die Arbeitenden aus den Bereichen der Schwer-, Elektro und Chemieindustrie. Dort waren die Unternehmer besonders mächtig und gewerkschaftsfeindlich eingestellt.

Im Gegensatz zu den Parteien der Arbeiter*innenbewegung, die sich oft erbitterte, innerparteiliche Kämpfe um ihr Programm lieferten, standen die Gewerkschaften geschlossen für konkrete Reformen, die die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeitenden bessern sollten: Unter anderem die Erhöhung der Löhne und eine Festsetzung des Achtstundentages. Vielleicht war es dieser pragmatische Ansatz, der den Gewerkschaften ein Vielfaches an Mitgliedern brachte, als es bei der SPD der Fall war.

Text nach: Schönhoven, Klaus: Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg. Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmatik. In: Vogel u. Ruck (Hrsg.): Klaus Schönhoven. Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland – Ausgewählte Beiträge. Bonn, 2002. S. 42-65.